

Europa, wer ist das?

Dreieinhalb Wochen vor den Europawahlen geht der Wahlkampf in den Endspurt. Sogar die DGB-Gewerkschaften haben den diesjährigen 1. Mai mit dem Slogan „Europa. Jetzt aber richtig!“ begangen. Doch welches „Europa“ ist gemeint?

Die Einen schwärmen uns vor, Europa habe jahrzehntelangen Frieden gesichert und stehe für Fortschritt und Humanität. Dabei vergessen sie zu erwähnen, dass dieses Europa weltweit an Kriegseinsätzen beteiligt ist, jetzt sogar weiter militarisiert werden soll und die Flüchtlinge dieser Kriege an seinen Außengrenzen zu Zigtausenden umkommen lässt. Die Anderen sprechen von der EU als einer „intransparenten, nicht kontrollierten Bürokratie“, die uns mit ihrer „Regulierungswut“ zu ersticken drohe (aus dem Wahlprogramm der AfD).

Lehrstück Brexit

Wie die Arbeitenden für dumm verkauft werden, konnte man während der Kampagne für das Brexit-Referendum 2016 beobachten. Da wurde dreist gelogen, die EU verschlinge Unsummen an britischen Geldern, die man ohne EU in das britische Gesundheitssystem stecken könne, das seit Jahren kaputtgespart wird. Doch kaum hatte der Brexit eine Mehrheit erhalten, stellte sich raus, dass im Gegenteil der Brexit selbst viel Geld kosten werde, und das Gesundheitssystem ist heute noch so marode wie zuvor. Bei dem tragikomischen Verhandlungs- und Abstimmungsmarathon um den Brexit, der ja schon fast so oft verschoben wurde wie die Eröffnung des Berliner Flughafens, geht es auch in keiner Weise um die wirklichen Interessen der britischen Bevölkerung, sondern nur um Handels- und Wirtschaftsinteressen von Konzernen und Aktionär_innen. Und auch wenn Großbritannien nach wie vor Mitglied der EU ist, muss die Bevölkerung schon seit zwei Jahren dafür bezahlen, denn durch den Verfall der britischen Währung sind die Preise deutlich gestiegen.

Wie demokratisch ist die EU?

Wir dürfen alle fünf Jahre mal ein Kreuz machen, mit dem wir mitbestimmen können, welche Politiker_innen ins EU-Parlament kommen. Im aktuellen EU-Lobbyreport der Organisation Lobbycontrol kann man nachlesen, dass 25.000 Lobbyist_innen mit einem jährlichen Budget von 1,5 Mrd. € die Entscheidungen der EU tagtäglich bestimmen. Durchschnittlich 14 Mal am Tag treffen sie sich mit EU-Kommissar_innen und ihren Mitarbeiter_innen. Sie sitzen in den Expertenkommissionen, die Richtlinien (die „Gesetze“ der EU) erarbeiten.

Auf diesem Wege hat es zum Beispiel die deutsche Auto-Industrie jahrelang geschafft, effektive Abgaskontrollen zu verhindern.

Also alle korrupt in Brüssel?

Nicht mehr oder weniger als in Deutschland. Die Regierungen hierzulande, auf Landes- wie auf Bundesebene sind doch ebenso zu Diensten, wenn um die Interessen von VW, Daimler und BMW geht. Oft hat sogar ein Machtwort der Bundeskanzlerin oder des deutschen Wirtschaftsministers auf EU-Ebene schärfere Abgasnormen in letzter Instanz verhindert.

Und auch dort, wo die Grünen den Regierungschef stellen wie in Baden-Württemberg, wird Politik für die Autokonzerne und nicht für die Umwelt oder für die Arbeitenden gemacht. Das Problem ist also nicht die EU, sondern liegt viel tiefer. Die Institutionen der EU sind weder besser noch schlechter als die politischen Institutionen der einzelnen Nationalstaaten. Sie sind ein Spiegel dieser kapitalistischen Gesellschaft, in der das große Geld regiert. In der Wirtschaft sowieso, weil nur Profitinteressen zählen, und auch bei politischen Entscheidungen.

Wer also „Brüssel“ die Schuld gibt für soziale Probleme und europafeindliche Parolen schwingt, der versucht ein neues Ablenkungsmanöver, damit wir uns nicht gegen die wirklich Verantwortlichen stellen und uns als Arbeitende gegen die Konzernmacht organisieren.

Dieses Spiel der nationalistischen Spaltung betreibt die radikale und populistische Rechte europaweit. Es ist gut möglich, dass diese „Euroskeptiker“ wie die AfD in Deutschland, bei diesen Wahlen größere Erfolge feiern. Doch für die Arbeitenden wäre es fatal, auf sie hereinzufallen. Nicht nur, dass die Rechten nichts gegen die Probleme der großen Mehrheit tun werden, nichts gegen steigende Mieten, nichts für höhere Löhne oder bessere Renten. Sondern durch ihr Gift der nationalistischen Spaltung, mit dem uns entweder Migrant_innen oder „Brüssel“ als Sündenbock präsentiert werden, machen sie es viel schwieriger, uns zusammen zu tun, über nationale Grenzen hinweg. Denn wir brauchen ein gemeinsames Europa, aber nicht das der Konzerne, sondern ein Europa der Arbeitenden!

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Es wird Zeit, dass was passiert!

Die Zustände in der CFM werden unerträglicher und das machen die 11€, die wir uns hart erkämpft haben, auch nicht besser. Immer mehr KollegInnen werden krank, vor allem in der Reinigung. Selbst die wenigen LeiharbeiterInnen, die zur Unterstützung geschickt werden, halten es meist nicht mehr als drei oder vier Tage aus. Im Juli könnten wir wieder anfangen, für bessere Arbeitsbedingungen und faire Löhne zu kämpfen, denn was uns die Kämpfe bei CPPZ, VSG und anderswo gezeigt haben – die Bedingungen sind überall schlecht. Diese Kämpfe haben aber auch gezeigt, dass Verbesserungen möglich sind – mit Einsatz, Kreativität und einem großen Maß an Streikbeteiligung!

Wer will noch mal, wer hat noch nicht

Der Kampf für die Angleichung der Bezahlung der CFM-Mitarbeiter_innen an den Tarifvertrag der Charité (TVöD) ist noch lange nicht am Ende. Solange Kolleg_innen in Reinigung oder Catering sich immer noch an der Grenze vom Gang zum Jobcenter entlanghangeln, um zusätzliches Geld zum Lebensunterhalt zu beantragen, solange dürfen wir CFM und Charité-Vorstand keine Ruhe gönnen. Was nützt die 100% Tochter, wenn wir es nicht an der Bezahlung merken? Also – Einsteigen zur nächsten Runde: Mitgliederversammlung CFM, am 7.5., ab 16.30 Uhr im verdi Haus.

„Wo sind die Kollegen hin – wo sind sie geblieben...“

... was ist geschehen?“ Während wir auf Station oder bei der CFM dieses Lied vor uns hinsummen, während wir verzweifelt die angeblich so zahlreich neu eingestellten Mitarbeiter_innen suchen, vergrößert sich anderswo die Verwaltung scheinbar durch Zellteilung. Gerade eben wurde neben der „Stabsstelle Datenschutz“ die „Stabsstelle Datenschutzmanagement“ gebildet. Echt jetzt – auch wenn euch Kompetenzüberschneidung und Hauspostduelle noch so viel Spaß machen, wir brauchen viel mehr kluge Indianer_innen und nicht noch mehr Häuptlinge namens (Steffen) Kluge (Leiter der „Stabsstelle“).

Werthaltigkeit für wen?

Das BIH (Berliner Institut für Gesundheitsforschung) soll in die Charité integriert werden und somit die Übernahme der „Forschungsergebnisse aus dem Labor in die klinische Medizin“ erleichtern. An und für sich kein schlechter Ansatz, aber es beinhaltet auch Projekte wie das QUEST Center, welches darauf abzielt „die Werthaltigkeit und den Nutzen der biomedizinischen Forschung zu erhöhen“. Stellt sich die Frage, welche Forschung eine geringe Werthaltigkeit hat? Jene, die keine Profite abwirft?

Wie verträgt sich Gesundheit und Heilung mit ökonomischem Druck?

Richtig – gar nicht. Und doch versuchen Politik und Gesundheitsmanager auf vielen Gebieten immer wieder, genau diesen Druck im Gesundheitswesen durchzusetzen. Diesmal geht es um Psychiatrie und Psychosomatik. 1991 war es gelungen, in diesen Bereichen eine verbindliche Personalverordnung durchzusetzen. Bisher konnten die Angriffe auf diese Verordnung zumindest in Teilen durch den Widerstand der Betroffenen abgewehrt werden. Doch zum Ende dieses Jahres droht das ersatzlose Auslaufen der bisherigen Vorgaben, wenn es zu keiner Einigung der Krankenkassen, der Deutschen Krankenhausgesellschaft und der Kassenärztlichen Vereinigungen kommt. Widerstand ist notwendig – und beginnt sich zu formieren.

Neue Tochter

Während die PD der Charité noch immer private Hochschulen - sagen wir - fördert, indem sie Kolleg_innen drängt, sich dort in Studiengänge einzuschreiben, zeichnet sich mit der Zusammenlegung der Vivantes- und der Charité Gesundheitsakademie bereits die nächste Tochterfirma ab. Damit die Kritik an dieser erneuten Ausgründung nicht zu laut wird, drücken Geschäftsführung und Vorstand auf die Tube. Eine designierte Geschäftsführerin für diesen Bildungscampus wurde bereits präsentiert. Doch noch immer ist unklar, wo die Gebäude für diesen Campus überhaupt entstehen und wie diese finanziert werden sollen.

Noch ´ne Tochter

Diese wird den sperrigen Namen Universitäres Herzzentrum Berlin (UHZB) erhalten. In einer Teilpersonalversammlung wurde dieses schon einmal vorgestellt, aber anscheinend blieben auch danach noch viele, viele Fragen offen. Anders als der Vorstand sehen Kolleg_innen im betroffenen Bereich und in der Charité insgesamt die Planung eher mit Sorge. Wir haben halt so unsere Erfahrungen. Betriebsübergang oder Gestellung? Tarifbindung? Fortsetzung des Investitionsstaus am CBF, um den Neubau des UHZB zu finanzieren? Aushelfen von Charitélern im UHZB und umgekehrt bei Personalnot? Usw.usf. Klar scheint nur eines. Die Krankenhäuser in Berlin werden weiter zergliedert. Über alles wird irgendwann eine Holding walten und im Bedarfsfall das Personal verschieben, wie es gerade passt. Jedenfalls dann, wenn wir die Krankenhäuser nicht endlich in die eigenen Hände nehmen.

Spahns Pflegereform – und ihre achso überraschenden Auswirkungen

Die Jenssche Reform zur Mindestbesetzung auf Intensivstationen, Kardiologie, Geriatrie und Unfallchirurgie hatte ungeahnte Auswirkungen. Dem rbb berichtete ein anonym bleibender Betriebsrat eines Berliner Krankenhauses, „dass in seinem Unternehmen Personal aus anderen Stationen abgezogen wurde, um die Untergrenze auf den relevanten Stationen einzuhalten.“ Upsalla, damit hätte ja nun wirklich keiner von uns gerechnet...

Vom rbb24 knallhart recherchiert?

Dieser Betriebsrat hat auch ausgeplaudert, dass im ersten Quartal 2019 es an seiner Klinik 140 Gefährdungsanzeigen gab. Auch an der Charité gab und gibt es ja viele Kolleg_innen, die verantwortungsvoll handeln und ihren Chefs per Anzeige Hinweise geben, dass Dinge im Argen liegen. Und sie somit auch zum Handeln auffordern. Häufig liegt der Auslöser in der personellen Unterbesetzung. In dieser Klinik kam es also anscheinend zu 140 Situationen in denen Patient_innen, Personal oder Klinikeinrichtungen gefährdet wurden. Wo ist nun der Teil der Recherche veröffentlicht, der aufdeckt, wie die entsprechende Klinik auf diese Anzeigen reagiert hat und versucht, künftig solche Gefährdungssituationen zu vermeiden? Auch für die Charité interessiert uns das brennend. Über Hinweise, wo wir dies nachlesen können, würden wir uns sehr freuen.

Das Vitamin C wird gemeinsam von der Revolutionär Sozialistischen Organisation und Kolleg_innen der Charité und CFM herausgegeben. Das Flugblatt soll nicht nur Sprachrohr der Beschäftigten sein, sondern auch zur Vernetzung und Information dienen. Wenn auch du was zu sagen hast, dann melde dich bei uns!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter - flugblatt_charite@gmx.net - www.sozialismus.click